



Interviews

18. Juli 2023

Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Shimon Stein

Dirk-Oliver Heckmann: Am Telefon begrüße ich jetzt Shimon Stein, den ehemaligen israelischen Botschafter in Deutschland. Er ist jetzt tätig am Institut für nationale Sicherheitsstudien an der der Universität Tel Aviv. – Schönen guten Morgen Herr Stein.

Shimon Stein: Guten Morgen, Herr Heckmann!

Heckmann: Herr Stein, wie berechtigt ist die Sorge, dass die Regierung Netanjahu die Axt an die Demokratie und den Rechtsstaat legt? Ist da was dran oder ist das übertrieben?

Stein: Übertrieben auf keinen Fall, denn die Tatsache, dass zahlreiche Massen, die Mehrheit der Israelis seit sechs Monaten dauernd auf die Straße gehen, um jeden Samstag und zwischendurch zu demonstrieren, das kommt aus einer echten Sorge, dass wir dabei sind oder dass diese Regierung dabei ist, Israel zu transformieren, zu einer Art Orbanisierung zu führen. Damit ist die Mehrheit überhaupt nicht einverstanden und deshalb demonstrieren wir mit der Hoffnung, dass diese Regierung dieses Vorhaben, die Gesetzgebung, und zwar eine umfassende, die ja nicht nur eine kleine Justizreform ist, wegzunehmen und in einen großen gesellschaftlichen Dialog einzutreten, um einen Konsensus zu finden für gewisse Reformen, die vielleicht notwendig sind, aber nicht in der Art und Weise, wie diese Regierung es jetzt tut.

Heckmann: Mit Orbanisierung meinen Sie, denke ich, eine Aushöhlung der Demokratie. So habe ich Sie verstanden. Die Regierung unter Netanjahu argumentiert allerdings, die Richterinnen und Richter in Israel agierten nicht neutral, sondern politisch. Was ist an diesem Vorwurf dran?

Stein: Ja! Damit meinte ich genau das, was Sie eben sagten, den Weg zu einer illiberalen Demokratie. Wir haben das vor Augen, was sich in Ungarn in den letzten Jahren abgespielt hat. Das werden wir hier nicht zulassen.

Es geht ja nicht nur um eine Reform, wie manche es behaupten, sondern es geht um einen Umbau des Staates. Ich verstehe, dass die Entscheidungen des Gerichtshofes der Regierung nicht bequem sind, weil zahlreiche Entscheidungen wären unangemessen, und das, glaube ich, ist die Aufgabe eines unabhängigen Gerichts, das zu beurteilen. Dagegen sträubt sich die Regierung. Sie will freie Hände haben. Sie will die Gewaltenteilung, die in allen demokratischen Staaten Gang und Gebe ist, aushebeln. Das wird man nicht zulassen und ich hoffe, dass es die Regierung am Ende mit Blick auf den Druck von außen und innen einsehen wird und einen großen Dialog führt, um am Ende einen Konsensus über Dinge zu führen, die man ändern muss und auch ändern wird.

Heckmann: Druck von außen und von innen, sagen Sie. Netanjahu hat dem Widerstand die Spitze nehmen wollen, indem er Teile des Gesetzes zunächst zurückzog. Die können aber jederzeit wieder aus der Schublade rausgeholt werden. Sehen Sie die Gefahr und was käme da auf Israel noch zu?

Stein: Er hat nichts aufgegeben, denn wir haben jetzt den ersten Schritt, der in dieser Woche im Justizausschuss beraten wird, und nächste Woche kommt das vors Plenum der Knesset, um das durchzusetzen. Dann tritt die Knesset in eine Sommerpause und sie kommt in zwei Monaten zurück. Ein Minister hat bereits schon bekanntgegeben, dass das nur der erste Schritt ist, und weitere werden auch folgen.

Heckmann: Welche denn?

Stein: Dann kommt für die Zusammensetzung eine Kommission, die die Richter wählen soll. Aber wie gesagt, das ist nur ein Teil dessen, was sie eigentlich haben. Die Ultraorthodoxen wollen endgültig nicht die Lasten teilen. Die Rassisten unter Smotrich und Ben-Gvir wollen eine jüdische Überlegenheit mit der Annexion der Gebiete vorsehen. Das ist ein umfassendes Programm, das auf der Tagesordnung steht. Dass man hier in den Medien nur über die Justizreform spricht, damit tut man dem unrecht, was diese Regierung vorhat. Deshalb sage ich, der Druck von innen wird nicht abnehmen, weil Israel geht jetzt durch eine historische Phase in seiner Geschichte. Lassen wir das zu, dann wird Israel nicht mehr sein, was Israel war, und das ist nicht die Absicht derer, die bereits seit sechs Monaten auf die Straße gehen.

Zum Druck von außen: Sie sehen bereits schon die Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, Hightech, die Verstimmungen zwischen Israel und den USA. Alles akkumuliert sich und das wird Israel an einen Punkt bringen, wo wir uns das nicht wünschen.

Heckmann: Sie haben trotzdem bereits zweimal konzediert, dass es Reformnotwendigkeiten gibt. Welche Reformen würden Sie denn mitgehen?

Stein: Es muss am Ende die israelische Demokratie an einen anderen Punkt bringen. Es wird kein Status quo ante mehr sein. Deshalb stehen Fragen wie Religion und Demokratie, steht die große Frage, wie schaffen wir es, ein demokratischer und jüdischer Staat gleichzeitig zu sein. Dass in der Justizreform Dinge sind, die reformiert werden müssen, drüber, glaube ich, ist man einig.

Heckmann: Und zwar welche?

Stein: Zum Beispiel, wie man Richter wählt, das Verfahren. Das Justizwesen in Israel muss umgekrempelt werden. Aber alles kommt darauf an, auf die Art und Weise, wie man es tut. Die Art und Weise, wie diese Regierung es macht, schnell über Nacht das zu tun, das ist nicht die Art und Weise, die wir uns vorstellen. Es soll eine Diskussion sein. Es gibt keine Eile und die Eile versteht man nur, weil ein Ministerpräsident vor Gericht steht und Angst hat, ins Gefängnis zu gehen. Das, glaube ich, treibt Israel seit fünf Jahren ununterbrochen um, die Frage, ja Bibi, nicht Bibi. Unter diesem Druck, glaube ich, kann man nicht diese Reformen, die zum Teil notwendig sind, zustande bringen. Das erfordert einen breiten Konsensus, eine breite Diskussion, und das findet momentan in Israel nicht statt.

Heckmann: Herr Botschafter, wir haben nicht mehr so wahnsinnig viel Zeit. Eine Frage möchte ich Ihnen noch stellen. Hunderte Militärangehörige und Reservisten hatten gewarnt, sie würden nicht zum Dienst erscheinen, wenn die Regierung das Vorhaben umsetzt. Netanjahu hat gestern erst gewarnt, Ungehorsam sei ein Verstoß gegen die Demokratie und gegen das Gesetz. Geht vom Militär die größte Gefahr für Netanjahu aus?

Stein: Das Militär ist ein Teil der Gesellschaft. Das spiegelt die Problematik wieder. Übrigens ist das nicht Kriegsdienstverweigerung, sondern das sind Reservisten, die entschieden haben, nicht mehr freiwillig zu gehen. Es handelt sich nicht um diesen Vorwurf, den Netanjahu in den Wind streut, der einfach unwahr ist und typisch für bedauerlicherweise den Ministerpräsidenten.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-
kussionen nicht zu eigen.*